

Pressemitteilung Nr.: 1/2003

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter tagte in Schwerin:

Schwerpunktthema: Ganztagschule und die Rolle der Jugendhilfe

Weitere Themen: Verabschiedung einer aktualisierten Fassung der Empfehlungen zur Adoptionsvermittlung/Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung für Jugendliche/Auslaufen der Tätigkeit der Zentralen Spruchstelle

Vom 09.-11.04.2003 trafen sich die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter zu ihrer 94. Arbeitstagung in Schwerin.

Das Schwerpunktthema der Arbeitstagung war die Ganztagschule und die Rolle der Jugendhilfe. Herr Prof. Dr. Wiesner informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über aktuelle Entwicklungen auf Bundesebene. Hierbei ging es insbesondere um den Ausbau der Kindertagesbetreuung für die unter 3-jährigen, den Kindergartenbereich und die Ganztagsgrundschule.

Die Mitglieder der BAGLJÄ beschlossen auf ihrer Arbeitstagung in Schwerin eine überarbeitete Fassung der Empfehlungen zur Adoptionsvermittlung. Nachdem zur Umsetzung des Haager Übereinkommens über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Internationalen Adoptionen in der Bundesrepublik Deutschland neue Gesetze verabschiedet worden sind, hat die ad hoc-Kommission der BAGLJÄ die Empfehlungen zur Adoptionsvermittlung unter Berücksichtigung der neuen Gesetzeslage grundsätzlich überarbeitet und der neuen Gesetzeslage angepasst.

Ferner wurde in Schwerin die Erarbeitung einer Arbeits- und Orientierungshilfe für den Fachbereich Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft beschlossen. Der Perspektivenwechsel im Bereich der Amtsvormundschaft soll durch die Erarbeitung einer Fachempfehlung und die Etablierung von Fachstandards unterstützt werden.

Die Tagung in Schwerin widmete sich daneben auch der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung, den Empfehlungen der Hartz-Kommission und den Auswirkungen für Jugendliche. Es wurde kritisiert, dass die derzeitige arbeitsmarktpolitische Entwicklung zu Kürzungen in den Förderprogrammen für Jugendliche – und damit zur Ausgrenzung benachteiligter junger Menschen aus dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt - führen würden. Die Leiterinnen und Leiter der Landesjugendämter waren sich einig, dass benachteiligte Jugendliche beim Übergang von Schule in den Beruf nicht alleine gelassen werden dürften.

Auf der Tagesordnung standen erneut die Themen Babyklappe und anonyme Geburt und die sexuelle Orientierung als Thema der Jugendhilfe. Gegenstand der Sitzung waren auch das Fachkräftegebot des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und das Ende der Tätigkeit der Zentralen Spruchstelle, deren letzte Sitzung im Oktober 2002 in Berlin stattgefunden hat, nachdem die Fürsorgerechtsvereinbarung ausgelaufen ist. Das Ende der Schiedsgerichtsbarkeit, die in den vergangenen 30 Jahren zu einer Änderung der Spruchpraxis im Sinne der Jugendhilfe und ihrer Träger beigetragen hat, wurde von den Mitgliedern der BAGLJÄ bedauert.

Markus Schnapka, Vorsitzender der BAGLJÄ, bedankte sich beim Vorsitzenden der Zentralen Spruchstelle, Herrn Helmut Saurbier. Und kritisch fügte er hinzu: „Es ist unsinnig und unwirtschaftlich, die Existenz einer guten und mit geringen Mitteln finanzierten Spruchstelle zu beenden und nun die Verwaltungsgerichte zusätzlich mit Behördenkonflikten zu belasten.“